

## Antrag

**der Abgeordneten Steffi Lemke, Nicole Maisch, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Stephan Kühn (Dresden), Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### Wirksamen Walschutz weltweit durchsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

2016 ist ein besonderes Jahr für die Wale: Die Internationale Walfangkommission (IWC) besteht seit 70 Jahren, das kommerzielle Walfangmoratorium seit 30 Jahren – Letzteres hat hunderttausenden Walen das Leben gerettet. Aber dennoch sind die Wale nach wie vor in ihrem Bestand bedroht und jährlich werden tausende von Walen und Delfinen ungehindert abgeschlachtet. Norwegen betreibt immer noch einen kommerziellen Walfang und handelt mit Walprodukten, teilweise mit staatlicher Förderung. Auch vor den Färöer-Inseln, Island und Grönland werden nach wie vor bedrohte Finnwale, Zwergwale, Grindwale und Delfine gejagt, Island und Norwegen verkaufen das Fleisch – trotz Handelsverbots – vor allem nach Japan. Auch Japan selbst tötet nach wie vor Wale unter dem Deckmantel der wissenschaftlichen Forschung und nutzt damit ein juristisches Schlupfloch. Trotz Urteils des Internationalen Gerichtshofs vom 31. März 2014, das Japans angeblich wissenschaftlichen Walfang als illegal befunden hat, setzt sich Japan über internationales Recht hinweg und hat ein neues Forschungsprogramm angekündigt. Die IWC-Konferenz Ende Oktober 2016 muss hier ein deutliches Zeichen für den internationalen Walschutz setzen und sich vehement gegen eine weitere Aushöhlung des Moratoriums einsetzen. Leider hat die EU auf Druck des Mitgliedstaates Dänemark es nicht geschafft, eine Resolution gegen kommerziellen Walfang einzubringen. Nun fehlt ausgerechnet bei dieser IWC das Thema auf der Agenda. Japan ist auch bekannt für die jährlichen Treibjagden auf Delfine. Um dieser Praxis den Nährboden zu entziehen, ist es überfällig, dass ein Einfuhrverbot für Delfine erlassen wird. Auch sind die Voraussetzungen für eine artgerechte Haltung in Delfinarien nicht gegeben. Damit wird gegen das Tierschutzgesetz, das vermeidbare Schmerzen, Leiden und Schäden von Tieren verbietet, verstoßen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. sich konsequent für die Aufrechterhaltung und Umsetzung des 1986 beschlossenen Walfangmoratoriums einzusetzen und jedweden Anträgen, die auf die Aushöhung des Walfangmoratoriums abzielen, entschieden entgegenzutreten,
  2. darauf hinzuwirken, dass das Walfangverbot von allen IWC-Mitgliedstaaten anerkannt und umgesetzt wird,
  3. an den Staat Japan zu appellieren, seinen kommerziellen Walfang, der als Wissenschaft getarnt wird, zu beenden,
  4. sich Japan gegenüber dafür einzusetzen, dass die jährliche Treibjagd auf Delfine, wie z. B. in der Taiji, unterlassen wird,
  5. das Halten von Delfinen in Deutschland zu untersagen sowie deren Einfuhr zu verbieten,
  6. auf Staaten, die kommerziellen Walfang betreiben, einzuwirken, um ein Ende des Walfangs zu erreichen,
  7. auf Dänemark dahingehend einzuwirken, dass sich Dänemark entsprechend der EU-Position aktiv gegen den kommerziellen Walfang einsetzt anstatt EU-Walschutzmaßnahmen zu verhindern,
  8. gemeinsam mit anderen EU-Staaten an die Färöer-Inseln zu appellieren, den Grindwalfang (Grindadráp) aufzugeben,
  9. für eine Ausweitung von Schutzgebieten für Wale auch auf hoher See einzutreten,
  10. den Transit von Walfleisch durch deutsche Häfen zu verbieten und zu unterbinden,
  11. Schweinswale in deutschen Gewässern besser vor Lärm zu schützen und endlich ein Schallschutzkonzept für die Ostsee vorzulegen, um den gefährdeten Ostsee-Schweinswal zu schützen,
  12. nutzungsfreie Zonen in den Schutzgebieten für den Schweinswalschutz einzurichten und dort die Stellnetzfischerei zu verbieten,
  13. Beifänge durch die Förderung alternativer Fangmethoden zu minimieren und das Rückwurfverbot und Anlandegebot wirksam umzusetzen.

Berlin, den 18. Oktober 2016

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**